

AGBR protestiert gegen Mittelkürzungen für die Forschung

Anlässlich der AGBR¹-Konferenz vom 13. -15. Mai 2003 im Fraunhofer Institut für Fertigungstechnik und angewandte Materialforschung in Bremen haben sich die Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit der Lage der öffentlichen Forschung in Deutschland und ihrer Beschäftigten auseinandergesetzt.

Mit großer Empörung wurde festgestellt, dass die Bundesregierung entgegen der Zusage vor der Bundestagswahl die Zuwendungen für die Forschungseinrichtungen im Jahre 2003 nicht um 3% erhöht hat. Dabei wiegt der Vertrauensverlust genauso schwer wie die verursachten Finanzprobleme. Im Übrigen wäre nach Ansicht der Betriebs- und Personalräte angesichts der schwachen Konjunktur eine eher antizyklisch verstärkte Förderung notwendig.

Von den faktischen Kürzungen sind alle Forschungseinrichtungen betroffen, was bis zur Schließung von Abteilungen und Instituten führt. Darüber hinaus müssen die in den Tarifverhandlungen vereinbarten Einkommenssteigerungen 2003 aus den laufenden Haushalten der Wissenschaftsorganisationen aufgebracht werden.

Vereinbarte Flexibilisierungsmaßnahmen sind nur mit einschränkenden Auflagen umgesetzt worden. Damit ist der Erhalt von Selbständigkeit und größere Unabhängigkeit von der direkten Einflussnahme durch die Politik Makulatur, jegliche Planungssicherheit zurzeit verloren. Neueste Vorstellungen des Bundes zur Veränderung der Forschungsfinanzierung, weg von der Mischfinanzierung Bund/Länder, sorgen für weitere Verunsicherung.

Aus diesen Gründen haben die Teilnehmer/innen der Konferenz eine Erklärung zur Situation der außeruniversitären Forschungseinrichtungen verabschiedet, in der die Ursachen und Folgen der veränderten Forschungspolitik beschrieben sind und eine Umkehr zu mehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der Politik verlangt wird. Empfänger dieser Erklärung sind u.a. die zuständigen Ministerien für Wissenschaft, Bildung und Forschung in Bund und Ländern sowie der Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Ein weiteres Thema der Konferenz war „Mobbing am Arbeitsplatz“. Dipl. Psychologe Reinhard Hoch erläuterte Ursachen und Auswirkungen. Die Personal- und Betriebsräte konnten einen Zusammenhang zwischen psychischen Erkrankungen und Mobbing nachvollziehen.

Im Laufe der Konferenz bestand die Möglichkeit mit Herrn Dr. Polter, Vorstandsmitglied der FhG, über die zukünftigen Veränderungen in der außeruniversitären Forschung zu diskutieren. Auch er hält eine Steigerung der Ausgaben für die öffentliche Forschung in Deutschland für unbedingt erforderlich; nur durch Innovation und Wettbewerb mit den in Forschung und Entwicklung starken Nationen könnten im Hochlohnland Deutschland Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte außeruniversitärer Forschungseinrichtungen - Hermann von Helmholtz Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max Planck Gesellschaft (MPG), Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) vertritt etwa 50.000 Beschäftigte.

² PB HGF: Personal- und Betriebsräte der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren

³MPG, HGF, WGL, FhG, DFG, Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz